

*Ganzheitliche und moderne Gleichstellungspolitik –
Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen vorantreiben
Antrag der FDP Fraktion - Drucksache 16/7402*

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

am 22.4. 2015

Stellungnahme

Gliederung

Vorbemerkung

1. Frauen-und geschlechterpolitische Positionierung
2. Stellungnahme zu dem Antrag der FDP Fraktion - Drucksache 16/7402
 - 2.1 Stellungnahme zu dem Antragstext: I. Ausgangslage
 - 2.2 Stellungnahme zu dem Antragstext: II. Beschlussfassung

Vorbemerkung

Der Antrag der FDP Fraktion besteht aus 2 Teilen: im ersten Teil wird eine „Ausgangslage“ beschrieben, in der eine geschlechterpolitische Positionierung enthalten ist. Im zweiten Teil werden konkrete geschlechterpolitische Schritte gefordert. Die Stellungnahme bezieht sich auf beide Teile. Eine eigene geschlechterpolitische Positionierung wird vorangestellt, um die Beurteilungskriterien der Stellungnahme transparent zu machen.

1. Frauen-und geschlechterpolitische Positionierung

Seit Jahrhunderten setzen sich weltweit die Frauen für die ihnen vorenthaltenen (Menschen)Rechte, für ihre egalitäre Beteiligung an allen gesellschaftlichen Ressourcen sowie für ihren Schutz vor männlicher Gewalt in privaten Beziehungen und in kriegerischen Situationen ein. Eine vergleichbare Männerbewegung gibt es nicht. Das bedeutet nicht, dass Männer keine Verantwortung für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit übernehmen. Viele Männer setzen sich für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse ein. Entweder unterstützen sie die Forderungen der Frauen (vgl. UN-Women Kampagne „He for She“) und/oder sie gehen von den Problemen aus, die sie als Männer in den Gesellschaften haben.

Ein Ergebnis der Kämpfe der Frauen zumindest in Europa war zunächst eine Frauenpolitik, die die Zielgruppe Frauen mit ihren Benachteiligungen im Blick hatte und die zu Gesetzen führte, die die Gleichstellung von Männern und Frauen in vielen Bereichen verankerten. Zunächst im Norden Europas, dann auch in der Bundesrepublik hat sich die Frauenpolitik um eine Geschlechterperspektive erweitert. Diese Erweiterung hat allerdings die Notwendigkeit einer gezielten Frauenpolitik nicht aufgehoben. Mit der Erweiterung wurde auch nicht etwa die Zielgruppe gewechselt, es sind weiterhin die vor allem der Frauen im Blick. Vielmehr ist immer klarer geworden, dass die Geschlechterverhältnisse nur egalitär gestaltet werden können, wenn sich nicht nur die Frauen bewegen sondern wenn es auch auf der Seite der Männer ähnliche emanzipatorische Bewegungen gibt, die es zu unterstützen gilt.

Eine ganzheitliche und moderne Geschlechterpolitik basiert auf einer Analyse der herrschenden Geschlechterverhältnisse, zu der die Frauen- und Geschlechterforschung in der Vergangenheit vieles beigetragen hat. Für Deutschland ist sie u.a. in dem ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung geleistet worden. Darin ist noch einmal bestätigt worden: Frauen haben

- mehr unbezahlte und nicht abgesicherte Sorgearbeit
- mehr unbezahlte und nicht abgesicherte Unterbrechungen der Erwerbsarbeit für Sorge Arbeit
- mehr Teilzeitarbeit
- geringere Verdienste
- geringer bewertete Arbeitstätigkeiten
- höhere Beschäftigung im Niedriglohnssektor
- mehr Minijobs
- eine gläserne Decke, die die Karriere behindert,
- weniger Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft
- mehr Betroffenheit von alltäglichem Sexismus bis zu männlicher Gewalt

Diese Befunde sind in spezifischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen verankert. Sie alle sind durch ein duales, polares und hierarchisches Bild der Geschlechter geprägt, das z.B. im „Ernährermodell“ seinen Ausdruck findet.

Frauen- und Geschlechterpolitik hat zum Ziel, diese zu verändern. Dazu hat sie ein Leitbild:

- Männer und Frauen werden durch gute Bildung befähigt, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen
- Berufliche Kompetenzen von Männern und Frauen werden gleich bewertet: equal pay, keine horizontale und vertikale Segregation
- Es gibt eine angemessene Infrastruktur für Kindererziehung und Pflege
- Optionen zur Unterbrechung oder zur vorübergehenden, reversiblen Reduktion der Erwerbstätigkeit sind gesellschaftlich erwünscht und werden unterstützt, so dass keine Nachteile entstehen

Kurz: die Veränderung des „Ernährermodells“ hin zu dem „Doppelversorgermodell“ in egalitärer Partnerschaft. In diesem Veränderungsprozess liegt der Kern für eine ganzheitliche und moderne Frauen- und Geschlechterpolitik. Dabei kann es nicht nur um die Veränderung der Geschlechterbilder und Stereotype gehen, vielmehr auch um eine klare Umverteilung der Ressourcen wie Geld, Macht und Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Männer sind in dieser Politik sowohl Akteure als auch Zielgruppe, wenn sie die Ziele teilen:

1. Gerechtigkeit in der Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen herzustellen und alle Benachteiligungen, die im Geschlecht (Sex und Gender) begründet sind, abzubauen. Das betrifft auch Menschen, die von den traditionellen Mann-Frau-Zuordnungen abweichen.
2. Emanzipation von allen Geschlechternormierungen, die die freie Entfaltung einer Persönlichkeit behindern, auch gemäß dem Geschlechterleitbild egalitärer Partnerschaft, zu fördern.

Strategien einer solchen Frauen- und Geschlechterpolitik sind:

1. Antidiskriminierungspolitik, mit der einzelnen Personen das Recht verliehen wird, sich gegen die geschlechtsbezogenen Benachteiligung zu wehren.
2. Förderpolitik, die Frauen durch Quotierungen und andere Maßnahmen dort unterstützt, wo sie aufgrund struktureller Rahmenbedingungen nicht zu einer gerechten Teilhabe an Ressourcen gelangen, und die Männer da unterstützt, wo sie durch traditionelle Rollenvorstellungen eingeeignet werden.
3. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, also Politiken, mit denen die Strukturen abgebaut werden können, die egalitäre Geschlechterverhältnisse verhindern,

2. Stellungnahme zu dem Antrag der FDP Fraktion - Drucksache 16/7402

Es wird deutlich, dass der Antragstext im Vergleich zum oben dargelegten Verständnis eine andere frauen- und geschlechterpolitische Positionierung vornimmt: im Antrag wird eine ganzheitliche und moderne Geschlechterpolitik darin gesehen, dass sie einen „Perspektivwechsel“ zur vergangenen Gleichstellungspolitik vornimmt und nun die Männer als Zielgruppe entdeckt.

2. 1 Stellungnahme zu dem Antragstext: I. Ausgangslage

In diesem Abschnitt geht es um eine Analyse der Geschlechterverhältnisse, in der es aus meiner Sicht zustimmungsfähige und ablehnungswürdige Annahmen und Befunde gibt:

Zustimmung: *In den letzten Jahren sind Geschlechterrollen immer mehr in Bewegung geraten.*

Das ist aber als Erfolg der Frauenbewegungen und damit auch derjenigen Männer zu bewerten, die sich ihren Zielen verpflichtet fühlen.

Zustimmung: *Die Befunde über die Lebenserwartung der Männer und ihr Gesundheitsverhalten.*

Es fehlt aber der Verweis auf den Zusammenhang mit den maskulinen Männerbilder und der entsprechenden Kultur in der Arbeitswelt.

Zustimmung: *Zur Gleichstellungspolitik ..zählt die verstärkte Unterstützung des väterlichen Engagements in der Kindererziehung und Familienarbeit.*

Hier wäre noch zu ergänzen: die Pflege von Angehörigen

Ablehnung: *Das Handeln der nordrheinwestfälischen Landesregierung wird hingegen durch eine Denkweise bestimmt, die Gleichstellung überwiegend mit Frauenpolitik gleichsetzt. Diese Einseitigkeit ist nicht mehr zeitgemäß und sogar kontraproduktiv.*

Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist NRW vorbildlich mit der Förderung der Fachstelle FUMA, der LAG Mädchenarbeit und der LAG Jungengenenarbeit. Auch wenn ein Genderbudgeting-Prozess ergeben würde, dass mehr Landesmittel den Frauen im Lande zugute kommen, wäre das nicht kontraproduktiv sondern die politische Antwort auf die Bewertung der Geschlechterverhältnisse. Deren Schiefelage ist in den wichtigsten Bereichen ja immer noch durch eine Unterrepräsentanz, Nichtteilhabe und Benachteiligungen von Frauen gekennzeichnet.

Ablehnung: *Darüberhinaus kann auch die fortschreitende Feminisierung in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kontraproduktiv wirken.*

Kontraproduktiv sind weder Männer oder Frauen als solche in den Einrichtungen. Vielmehr sind Pädagog_innen kontraproduktiv, die nicht geschlechtersensibel handeln und die den Kindern und Jugendlichen traditionelle Geschlechterrollen und Normen vermitteln. Die Förderung von geschlechtersensiblen Pädagog_innen muss darüberhinaus durch eine Förderung von Frauen als Unterrichtende in untypischen Fächern und ihre Förderung in höheren Positionen ergänzt werden.

Ablehnung: *Es wird ein Zusammenhang des Transformationsprozesses in den Geschlechterrollen, der zu einer Verunsicherung im Selbstwertgefühl von jungen Männern führen kann, und der höheren Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsaktivität, Gewaltneigung und höheren Suizidrate von Männern generell hergestellt.*

Das ist zunächst ein Widerspruch, da ja der Transformationsprozess unterstützt werden soll. Die höhere Arbeitslosigkeit hat mit dem Strukturwandel in den Produktions- und Dienstleistungssektoren zu tun, sie ist nicht Ausdruck einer verunsicherten männlichen Identität. Die höhere Kriminalitätsaktivität, Gewaltneigung und höheren Suizidrate von Männern ist schon seit langem ein Faktum, das allerdings eher auf die traditionelle Männerrolle und ihrem Scheitern daran zurückgeführt werden kann als auf eine Orientierung an egalitären Männerbild.

Ablehnung: *Ergebnisgleichheit z.B. durch eine fixierte Frauenquote in Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt führt in eine Sackgasse.*

Quotenregelungen sind das legitime Mittel des Gesetzgebers zum Ausgleich von Benachteiligungen eines Geschlechts und grundgesetzlich geboten. Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in den Machtpositionen sind ein Zeichen für die immer noch herrschende Chancenungleichheit.

Ablehnung: *Gleichstellungspolitik soll die Ermöglichung frei gelebter Individualität bei Frauen und Männern bedeuten, also die Herbeiführung einer Chancengerechtigkeit, die es Frauen und Männern gleichermaßen erlaubt, so zu leben, wie sie selbst es nach ihren eigenen Vorstellungen wollen.*

Eine frei gelebte Individualität als Ziel der Gleichstellungspolitik ist die Widerspiegelung des neoliberalen Glaubens, dass jede[®] seines Glückes Schmied sein kann und soll und der Staat sich möglichst heraushalten soll. Ziel einer Frauen- und Geschlechterpolitik muss es aber vielmehr sein, aktiv am Abbau aller struktureller und kultureller Hindernisse mitzuwirken, die eine geschlechtergerechte Verteilung aller Ressourcen verhindern.

2.2 Stellungnahme zu dem Antragstext: II. Beschlussfassung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den eingeleiteten Perspektivwechsel in der Gleichstellungspolitik auf Bundesebene aktiv für eine chancengerechte Gesellschaft politisch mitzugestalten;

Auf der Bundesebene ist kein Perspektivwechsel in der Gleichstellungspolitik eingeleitet worden. Mit der Einführung eines Männerreferates in dem zuständigen Ministerium wurde die Gleichstellungspolitik ergänzt: das Referat nimmt die Männer insoweit in den Blick, als sie beteiligt sind an der Aufrechterhaltung der Schiefelage im Geschlechterverhältnis und insoweit auch sie durch traditionelle Männlichkeitsrollen und -Normen behindert werden, die Doppelversorgerrolle zu übernehmenden.

2. in die landesseitige Gleichstellungspolitik die Jungen- und Männerpolitik auf allen Ebenen fest zu verankern, so dass der Boden für eine Vielfalt männlicher Rollen und Lebensentwürfe geschaffen wird;

Eine einheitliche Jungen- und Männerpolitik gibt es so wenig wie eine einheitliche Mädchen- und Frauenpolitik, hier gibt es, wie in jedem Politikfeld, unterschiedliche Sichtweisen. Die wünschenswerte Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle landespolitischen Gestaltungsbereiche muss von einem Leitbild und Zielvorstellungen getragen werden, die diskutierbar sind und diskutiert werden.

3. die Umgestaltung von Karrieremustern von Jungen und Männern sowie gleichermaßen von Mädchen und Frauen, die Männerforschung und die Männerarbeit (Beratung, Bildung, Begegnung von Männern) zu unterstützen und zu fördern;

Das Ziel einer Umgestaltung von Karrieremustern muss eine gleiche Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen sein. Emanzipatorische Männerarbeit und Männerforschung sind zu unterstützen.

4. zu überprüfen, ob in die Entwicklung des „Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen NRW“ auch Präventionsangebote für gewaltbetroffene Männern einbezogen werden können;

Präventionsangebote für (aktiv und passiv) gewaltbetroffene Männer sind wichtig, allerdings haben sie in dem Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in NRW nichts zu suchen, sie brauchen ein eigenständiges Programm mit einer separaten Finanzierung.

5. sich dafür stark zu machen, dass künftig ein möglichst ausgewogenes Geschlechterverhältnis der Lehrkräfte in der Bildungskette vertreten ist;

Ein ausgewogenes Verhältnis der Lehrkräfte in der Bildungskette ist weniger das Problem: Männer sind in den höheren und besser bezahlten Stellen im Bildungssystem überproportional vertreten: insofern geht es mehr darum, mehr Frauen in den Führungspositionen und in geschlechtsuntypischen Fächern zu fördern und die Gendersensibilität aller Lehrkräfte zu schulen.

6. das Präventionskonzept des Landes durch eine Landesinitiative zur Förderung der Gesundheit von Männern zu erweitern.

Eine Landesinitiative zur Förderung der Gesundheit von Männern ist begrüßenswert, allerdings darf es nicht zulasten der für Frauengesundheit bereitgestellten Mittel gehen.